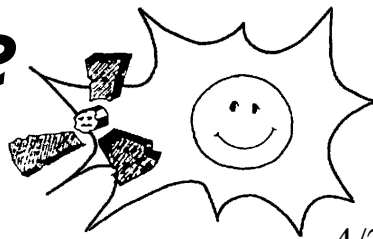


Atomkraftfreie Zukunft



P.b.b.

4/2013 Dezember

Die Ergebnisse der Stresstests sind lange da – wo bleiben die Konsequenzen!?

Die Stresstests sind zwar aus den Schlagzeilen verschwunden, aber nicht von der politischen Tagesordnung: Am 9. 9. fand in Wien eine Folge-Veranstaltung zu den Stresstests statt, in der über den momentanen Stand der festgestellten Mängel und den sich daraus ergebenden Handlungsbedarf berichtet wurde; hier stellvertretend das AKW Dukovany mit den wichtigsten Themen:

- Die Kühltürme halten starken Stürmen und Erdbeben nicht stand.
- Die Anlage ist nicht gut gerüstet für extreme Wetterbedingungen: Dächer (u.a. der Turbinenhalle) sind teilweise nicht stabil genug, um schwere Schneelasten zu tragen; extreme Kälte kann zu Problemen mit gefrierendem Kühlwasser und Diesel für die Generatoren führen.
- Die Erdbebensicherheit der Reaktoren reicht bei weitem nicht an die geforderten Mindestanforderungen heran; die aktualisierte Erdbeben-Analyse wurde nicht berücksichtigt.
- Auch die Hallen für Feuerwehr-Autos sind nicht erdbebensicher.
- Wenn zusätzliches Kühlwasser benötigt wird, braucht man dafür Pump-Systeme – bis dato gibt es die nicht.
- Dringend zu klären: Sind wichtige Ausrüstungsgegenstände so gelagert, dass sie im Katastrophenfall greifbar sind (z.B. bei Überflutung)?
- Wie verlässlich werden die Diesel-Generatoren bei einem Unfall funktionieren? (Zur Erinnerung: In Fukushima funktionierten die Notfall-Generatoren nicht, weil sie im Keller gelagert waren und von der Flutwelle unbrauchbar gemacht wurden; so war die



Die Welt als Spielball der Atomlobby – unter der „Schutzherrschaft“ des Todes. Eine gelungene Aktion der „Wiener Plattform Atomkraftfrei“ zum heurigen Nationalfeiertag. Foto: Wiener Plattform Atomkraftfrei

Kühlung unterbrochen, und die Katastrophe nahm ihren Lauf.)

- Gibt es Reserve-Generatoren?
- Bei Kernschmelze: Wie kann ein geschmolzener Kern stabilisiert werden?
- Wie sind die Vorkehrungen bei Entstehung großer Mengen an Wasserstoff (Explosionsgefahr! siehe Fukushima)?
- Wenn die vorliegenden Pläne nicht funktionieren, was dann?

Mit Blick auf die Gesamtsituation der Atomkraft in Europa ergeben sich daraus ganz logisch ein paar grundlegende Erkenntnisse:

Die aktuellen Sicherheitsanforderungen für neue AKWs beruhen auf den neuesten Erkenntnissen. Daraus folgt: Die alten AKWs sind nicht auf diesem Stand und stellen also ein für AKW-Neubauten bereits untragbares Risiko dar. **Darum muss man die alten Reaktoren entweder auf den gerade aktuellen Standard nachrüsten, oder, falls das nicht möglich ist, abschalten!**

Lesen Sie den zweiten Teil der Titelgeschichte in unserer nächsten Ausgabe ab März 2014!

Schockierende Nachrichten aus Fukushima

24. Sept. Die unterirdische Wasserzufuhr durch eine Sperrwand aus gefrorenem Erdreich zu stoppen, ist eine neue Idee. Die Wasseraufbereitung mit Filteranlagen steckt noch in ihren Anfängen und ist bis Sommer 2014 vorgesehen./FAZ

5.Okt. Pannenserien alarmieren die IAEA-Experten – Tepco hat die gefährliche Lage nicht im Griff! Nach erneutem Leck erhöht die Regierung den Druck auf den Betreiber. Die Situation auf dem Gelände der Atomruine wird als deutlich verschlechtert eingeschätzt. Zuvor war bei einem hastig zusammengebauten Metalltank hoch verseuchtes Wasser ausgelaufen, ca. 300 Tonnen, wahrscheinlich durch defekte Kunstharzabdichtungen. Der eingebaute Filter bereitet ständig Probleme./Krone

10. Okt. Sechs Arbeiter kommen mit radioaktivem Wasser in Kontakt, sieben Tonnen Wasser laufen aus./Kurier

16. u. 17. Okt. Fukushima muss gegen Taifun geschützt werden. Notfallmaßnahmen werden getroffen, radioaktiv belastetes Wasser wird in die Umgebung abgelassen. Wie viel, ist nicht bekannt; die zuvor gemessene Strahlenbelastung sei unter dem vorläufig von Tepco und der Atomaufsicht hierfür festgelegten Grenzwert gelegen (Nachrichtenagentur Jin Press) Auch zwei andere Tanks wurden geleert und in einen unterirdischen Auffangbehälter umgefüllt. /Standard

22. Okt. Regen bringt Auffangbecken mit Strontium-verseuchtem Wasser zum Überlaufen, Grenzwert um das 70fache überschritten./Krone

26. Okt. Schweres Erdbeben mit der Stärke 7,3 erschüttert die Region. Die Reparaturtruppe des AKWs werden angewiesen, den Küstenstreifen zu verlassen. Berichte über Schäden gab es keine./Krone

4. Nov. Keine Rückkehr für 150.000 evakuierte Japaner möglich. „Ihr könnt dort nicht mehr leben“, teilte ein Spitzenpolitiker der Regierung mit./Krone, Heute

7. Nov. Eine der größten Gefahrenquellen im Atomkraftwerk bilden die ca. 1.500 Brennstäbe aus dem Abklingbecken von Reaktor 4, sie sollen an einen sicheren Lagerplatz transferiert werden; denn das Gebäude, in dem sie sich befinden, ist akut einsturzgefährdet und würde einem weiteren Erdbeben nicht standhalten.

Experten sprechen von einer „brisanten Operation, die noch nie durchgeführt wurde“. Bereits im März 2011 sind Gebäudeteile ins Abklingbecken gestürzt (dieses liegt seither offen), dabei könnten die Brennstäbe beschädigt oder verbogen worden sein, wodurch die Bergung äußerst kompliziert per Hand und nicht wie üblich mit Computersteuerung gelenkt werden müsste. Zerbricht dabei einer der 1.500 Uran-Plutonium-Stäbe, könnte das eine Kettenreaktion auslösen. Dies ist die schwierigste und gefährlichste Aufgabe seit dem Beginn der Katastrophe./Spiegel

6. Nov. Rettungsaktion muss mindestens zwei Wochen verschoben, nur eine Probebergung darf durchgeführt werden. Die Brennstäbe sind doch in einem höheren Ausmaß zerstört und in Unordnung geraten als angenommen; für die Umlagerung wird eine Computersteuerung angedacht. **Ein kanadischer Wissenschaftler berichtet von einem japanischen Geheimpapier, demzufolge im schlimmsten Fall die ganze Westküste der USA evakuiert werden müsste und dies das „Ende von Japan“ wäre./Deutsche Wirtschaftsnachrichten**



Viele Mitgliedsorganisationen des neugegründeten Österreichischen Netzwerkes Atomkraftfrei (ÖNA) versammelten sich am 4. 11. vor dem Parlament zu einer beeindruckenden Kundgebung zum Thema „Haftpflicht für alle AKW-Betreiber in der Höhe von mindestens 400 Milliarden Euro!“ Foto: Wiener Plattform Atomkraftfrei

Ohne Subventionen

stockt der Ausbau der Atomenergie – Riesenerfolg für Antiatompolitik!

Als im Sommer Pläne der EU-Kommission bekannt wurden, staatliche Hilfen für Atommeiler zu erleichtern, war die Aufregung groß. Bei der daraufhin angesetzten Unterschriftenkampagne „EU-Förderung für AKWs verhindern“, die von GLOBAL2000 initiiert und auch von der „Wiener Plattform Atomkraftfrei“ kräftig unterstützt wurde, konnten in kurzer Zeit über 700.000 Unterschriften gesammelt werden. Auch von der österreichischen Regierung und den

Grünen, sowie europaweit, gab es laute Proteste. Diese Proteste wurden in Brüssel nicht ignoriert.

Aus der angestrebten einheitlichen EU-Regelung betreffend Subventionen für CO₂-arme Energie-Erzeugungstechnologien ist die Atomkraft vorerst herausgenommen worden. Ausnahmen vom Beihilfeverbot gibt es faktisch nur für Grüne Energie. Damit sind aber vor allem Groß-
(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

Lebensnotwendige Hilfe für Frühgeborene



„Ihre Spende von 2.000,- Euro für den Ankauf des Medikaments Curosurf für die Geburtsklinik in Anratsit/Ukraine war und ist äußerst sinnvoll und notwendig, VIELEN DANK dafür! Ich bitte Sie eindringlich, dieses Thema neuerlich Ihren Spendern zu unterbreiten“ – so schreibt uns Dr. Christoph Otto von Global2000.

Curosurf dient zur Therapie der Frühphase des Atemnotsyndroms (IRDS) bei Frühgeborenen mit einem Geburtsgewicht von mindestens 700g. Bei Frühgeborenen vor der 28. Woche ist dieses

Syndrom die häufigste Todesursache. Während bei uns die dann anzuwendenden Medikamente von der Krankenkassa bezahlt werden, ist diese Art der Atemnot in der Ukraine, wo sich nur Wohlhabendere eine Krankenversicherung leisten können, weiterhin ein Todesurteil. Der Durchschnittsverdienst im Osten der Ukraine beträgt ca. 200.- Euro, die Therapie für ein Baby kostet ca. 900.- Euro!

Eine glückliche Mutter schrieb uns im Frühjahr folgendes:

„Ich, Irina Nadezhda, habe am 28. 02. 2013 einen kleinen Sohn geboren. Es war eine Frühgeburt nach 28 Wochen. Er war sehr schwach, schrie nicht, und sein Gewicht war auch sehr gering: 1200 Gramm. Deshalb bekam er Curosurf. **Durch diese Arznei wurde das Leben meines kleinen Söhnchens Bogdan gerettet. Dafür bin ich allen Ihren Spendern von Herzen dankbar.**“

Helfen Sie den jungen Eltern, damit ihre Kinder nicht sterben müssen!

Spendenkonto: PSK Kto-nr. 930 22 985, Kennwort „Tschernobylkinder“

Fortsetzung von Seite 2:

britannien und Frankreich als mächtige AKW-betreibende Staaten nicht einverstanden. Das Kollegium der EU-Kommission habe entschieden, Pläne von Mitgliedsstaaten zur Förderung von AKWs wie bisher im Einzelfall zu prüfen, gab EU-Wettbewerbskommissar Joaquín Almunia bekannt. **Ohne hohe Subventionen, wie z.B. einen langfristig garantierten hohen Abnahmepreis, ist derzeit kaum ein Investor zu finden.**

Wir sind umgestiegen auf 100% atomfreien Strom: Elisabeth Pieler, Eline Pieler

Neue ÖkostrombezieherInnen bitte bei uns melden! Wir möchten Ihren Namen als gutes Beispiel veröffentlichen.

Liebe Leserinnen, liebe Leser! Sie erhalten dreimal kostenlos unsere Zeitung „Atomkraftfreie Zukunft“. Bitte nehmen Sie heute die Gelegenheit wahr und **überweisen Sie uns eine Spende.** Falls nach dreimaligem Bezug keine Spende eingeht, müssen wir leider aus Kostengründen die Zustellung einstellen. Tut uns leid ..

Die Vervielfältigung und der Versand dieser Zeitungsausgabe werden unterstützt von der Wiener Umwelthanwaltschaft.

Um unsere Aktivitäten auch weiter mit gutem Erfolg fortsetzen zu können, ersuchen wir unsere Leserinnen und Leser um die **Überweisung des Förderbeitrags von € 15.- für das Jahr 2013.** Auch Spenden nehmen wir dankend an!

Wenn Sie unseren **Newsletter** lesen wollen, bitten wir Sie, uns Ihre E-Mail-Adresse bekanntzugeben.

Besuchen Sie auch unsere homepage:

www.atomkraftfreiezukunft.at

MitarbeiterInnen dringend gesucht!
Gemeinsam bewegen wir viel!

Betreuung unseres Info-Standes, Planung von Aktionen und Kampagnen, Teilnahme an Kundgebungen, Mitarbeit beim Zeitungsversand, ... Wenn Sie Interesse haben, laden wir Sie herzlich ein, sich bei uns zu melden: telefonisch unter 01/865 99 39 oder per E-Mail: atomkraftfreiezukunft@gmx.at

Ein Reaktor im AKW Kosloduj abgeschaltet

Im bulgarischen AKW Kosloduj musste nach einer Panne ein Atomreaktor abgeschaltet werden. Die Panne trat kurz nach der Wartung auf. Die Sicherheit des AKW an der Donau ist angeblich nicht beeinträchtigt, wird aus Sofia gemeldet. Jetzt ist nur noch ein 1000-Megawatt-Meiler in Kosloduj in Betrieb. (Kronen Zeitung, 29. 10. 2013)

Briten und Franzosen bauen neue AKWs

London/Paris. Der französische Energiekonzern Electricité de France baut im Auftrag der britischen Regierung zwei Atomreaktoren der Generation EPR im westenglischen Hinkley Point. Ein französischer und zwei chinesische Atomkonzerne sind am Neubau des AKWs beteiligt. **Die Investition beläuft sich auf 19 Mrd. Euro! Vereinbart wurde ein garantierter Abnahmepreis für den Atomstrom, der um rund das Doppelte über dem derzeit gezahlten Strompreis liegt.** Dies ist mit EU-Regeln kaum vereinbar, die eine Subventionierung neuer AKWs verhindern sollen. Auch im nordfranzösischen Flamanville wird derzeit ein Druckwasserreaktor gebaut. (Der Standard 18. 10. 2013, Die Presse, 22. 10. 2013)

Grenzüberschreitende Aspekte der Antiatom-Arbeit

In einem Informationsgespräch am 22./23. Juni 2013 in Freistadt wiesen Antiatom-Organisationen aus Südböhmen und Oberösterreich auf die offene Baustelle „AKW Temelin“ in den bilateralen Beziehungen hin. **Die Antiatom-Aktivistinnen und -Aktivisten beider Länder, die seit Jahrzehnten regen Austausch pflegen, sind jedenfalls überzeugt, dass die einzige Antwort auf die länderübergreifende Gefahr durch die Atomkraft die länderübergreifende Zusammenarbeit sein muss.** (atomstopp.atomkraftfrei leben! Nr. 220, 2013)

Schweizer AKW Mühleberg geht 2019 vom Netz

„Noch lieber wäre mir ein früheres Abschalten gewesen“ begrüßt der Vorarlberger Umweltlandesrat Schwärzler die Entscheidung der BKW (Bernische Kraftwerke AG, Betreiberin von Mühleberg), das Atomkraftwerk bis 2019 vom Netz zu nehmen. Die Klage der Vorarlberger Landtagsparteien wird ruhen, die Situation muss neu bewertet werden. Informationen über geplante Investitionen, besonders zu Sicherheitsvorkehrungen, müssen eingeholt werden. Auch der Abschalttermin müsse verbindlich sein. Man werde sich dann mit Experten und Klubobleuten beraten und das weitere Vorgehen abstimmen. (Vol.at, vorarlbergernachrichten.at, 30. 10. 2013)

Einladung zur Jahreshauptversammlung

Die „Frauen für eine atomkraftfreie Zukunft“ laden alle Förderinnen und Förderer zur Jahreshauptversammlung am 24. 1. 2014 um 16.30 Uhr ins Amerlinghaus, 1070 Wien, Stiftgasse 8, ein. Die Tagesordnung wird rechtzeitig auf unserer homepage www.atomkraftfreieizukunft.at einsehbar sein.

Thema aktuell



Mag.^a. Hanna Nekowitsch, Sprecherin der „Wiener Plattform Atomkraftfrei“

Aus für Atomkraftwerke?

Redaktion: EU-Energiekommissar Günther Oettinger hat für das kommende Frühjahr einen Vorschlag für eine Haftpflicht für europäische AKWs angekündigt. Wird das zu höheren Kosten und zum Aus für Atomkraftwerke führen?

Hanna: Theoretisch ja, praktisch leider nicht, weil er dabei an Versicherungssummen von ein bis zwei Milliarden Euro denkt, was viel zu niedrig ist! Damit können weder etwaige Schäden abgedeckt werden, noch wird das für Kostenwahrheit sorgen. **Eine französische Studie hat festgestellt, dass es nach einem Super-GAU zu Schäden von mehr als 400 Milliarden Euro kommen kann. Beim Bürgerdialog in Wien am 11. 11. 2013 hat EU-Energiekommissar Günther Oettinger ausdrücklich ausgeschlossen, dass er sich für einen entsprechenden Rahmen für diese Versicherung einsetzen wird.** Sein Vorschlag wird der Atomlobby also sicher nicht wehtun!

Red.: Werden die Subventionen für Atomstrom erweitert, so wie sich das Frankreich, Großbritannien und Tschechien gewünscht haben?

H.: Das wird aufgrund massiver Proteste von NGOs nicht der Fall sein. Staatliche Beihilfen für die Errichtung von Atomkraftwerken wurden nicht in die EU-Richtlinien aufgenommen. Das bedeutet, dass Beihilfen nicht generell ermöglicht werden, sondern wie bisher für jede Förderabsicht die Zustimmung von Wettbewerbskommissar Almunia einzuholen ist. **Grundsätzlich muss man sagen, dass eine Technologie, die 60 Jahre nach ihrer Einführung noch Subventionen braucht, sich selbst ad absurdum führt.**

Red.: Im Rahmen der Stresstests soll es nur noch alle sechs Jahre Sicherheitstests geben, und selbst da muss keine vollständige Überprüfung stattfinden. Ist das sinnvoll?

H.: Nein, das ist eine völlig zahnlose Maßnahme. Die neue Regierung muss in Brüssel klar zum Ausdruck bringen, dass wir uns mit Alibiaktionen nicht zufriedengeben, und konkrete Änderungen einfordern!